

Fragen Bund Naturschutz

- Wie stehen Sie zum wiedereingeführten BauGB 13 B?

In Deutschland herrscht große Wohnungsnot. Viele Familien finden deshalb keinen bezahlbaren Wohnraum mehr. Als Politiker fühle ich mich deshalb verpflichtet Abhilfe zu schaffen. Der § 13b BauGB erleichtert Wohnbau auf bis zu 10.000qm großen Flächen, „die sich im Zusammenhang bebaute Ortsteile anschließen“. Ich persönlich empfinde den § 13b BauGB als sinnvolles Instrument für Kommunen, um die Aufstellung von Baubauungsplänen im beschleunigten Verfahren zu ermöglichen und dadurch auch schneller dem besonderen Bedarf an Wohnraum in einzelnen Kommunen nachzukommen. Hier gilt es das Vertrauen in die Kommunen zu legen, dass auch ohne eine formale Umweltprüfung die Weiterentwicklung von Baugebieten nachhaltig und sinnvoll durchgeführt wird.

- Wie wollen Sie den Wert von 5 ha/Tag in Bayern bzw. 30 ha/Tag bundesweit realisieren? Wie schlagen Sie vor, diese Ziele heruntergebrochen auf die Landkreise Nürnberger Land und Roth zu realisieren?

Die Planungshoheit muss weiterhin bei den einzelnen Kommunen liegen. Ich vertraue auf den gewissenhaften Umgang der Kommunalpolitiker mit unseren wertvollen Flächen. Natürlich wollen wir in Zukunft unseren Flächenverbrauch reduzieren, dennoch darf dies nicht zum Stillstand oder der Benachteiligung einzelner Regionen führen.

- Wie stehen Sie zu den derzeitigen Einschränkungen der Windenergie?

Ich spreche mich für eine Ausweitung der Windenergie aus.

- Sind sie dafür, dass die sogenannte 10-H Regel (BayBO Art. 82 und 83.1) in Bayern gestrichen wird?

Ja.

- Welche Möglichkeiten des Bundesgesetzgebers sehen Sie dies zu erreichen?

Die Entscheidungshoheit liegt im Landtag und soll auch weiterhin dort entschieden werden.

- Wie stehen Sie zu einer Solarpflicht auf Dächern?

Ich bin gegen eine pauschale Solarpflicht, aber ich stehe einer Förderung im Zuge der regionalen Energiewende positiv gegenüber.

- Welche Möglichkeiten des Bundesgesetzgebers sehen Sie für Solarpflicht auf privaten, gewerblichen und öffentlichen Dächern im Neubau, bei Renovierung oder im Bestand umzusetzen?

Ich spreche mich gegen eine pauschale Solarpflicht vor allem bei privaten Dächern aus. Der Bundesgesetzgeber soll attraktive Förderprogramme auflegen. Bei öffentlichen Dächern, wie

beispielsweise von Schulen und Behörden, erachte ich es als sinnvoll und geboten eine Solarpflicht einzuführen.

- Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien Wind und Sonne naturverträglich und nachhaltig zu fördern?

Die Energiewende darf nicht auf dem Rücken der privaten Verbraucher*innen stattfinden. Eine einseitige Besteuerung von privatem Stromverbrauch aus erneuerbaren Energien lehnen wir ab. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass eine finanzielle Absicherung im Sinne der notwendigen Verlässlichkeit für Investitionen in erneuerbare Energien hilfreich ist – zumindest für Zeiten, in denen über den Börsenpreis keine Einnahmen generiert werden können. Die Einführung der wettbewerblichen Ausschreibung der Zulagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz ist bei der Erzeugungsart der Photovoltaik sehr positiv zu bewerten. Bei der Windkraft an Land hat sich die Methode jedoch nicht bewährt. Zu wenige Projekte bewerben sich überhaupt um die Zulage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz. Das beweist, dass die Strategie des Windkraftausbaus in Deutschland stark überholungsbedürftig ist. Zudem sollten die verschiedenen Erzeugungsarten flächendeckend genutzt werden, damit sich die unterschiedlichen volatilen Energien über die Fläche hinweg zeitlich ergänzen und Flauten ausgleichen. Hierzu muss in das wettbewerbliche Verfahren zur Vergabe der Zulagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz ein Regionalisierungsfaktor eingefügt werden. Wir benötigen einen massiven Ausbau aller regenerativen Erzeugungsarten im gesamten Bundesgebiet. Dazu gehört auch Biogas, das leider in den vergangenen Jahren vernachlässigt wurde. Gerade wegen der Steuerbarkeit der Erzeugung sehen wir darin eine wichtige Ergänzung. Abfall- und Reststoffe sowie die Weiterentwicklung des Pflanzenanbaus werden die Ökobilanz der Biogaserzeugung zukünftig verbessern. Die Biogaserzeugung muss so weiterentwickelt werden, dass sie nicht in Konflikt mit der Biodiversität steht. Monokulturen dürfen nicht entstehen. Zudem darf der Anbau pflanzlicher Rohstoffe für die Energiegewinnung keine Auswirkung auf die Börsenpreise von Nahrungsmitteln haben. Wir setzen uns daher für die Verwendung weiterer pflanzlicher Quellen wie der „Durchwachsenen Silphie“ ein. Diese können eine Alternative zum Mais bei der Bereitstellung von Substraten für die Biogasproduktion sein.

Wie ist Ihre Meinung zu einer zukünftigen, auf das Gemeinwohl ausgerichteten Landwirtschaft?

Landwirtschaft steht immer im Wohle der Allgemeinheit. Hier müssen die Interessen der Landwirtschaft, des Umweltschutzes und der Gesellschaft in Einklang gebracht werden.

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Oberflächengewässer in diesen "guten Zustand" gemäß WRRL zu bringen?

Durch Digitalisierung und modernen technischen Möglichkeiten haben wir bereits große Möglichkeiten das Einbringen von Stoffen in Oberflächengewässer zu reduzieren. Ziel sollte es nun sein, neue Technologien in die fluchtbereite Anwendung zu bringen, auch durch staatliche Förderprogramme.

- Welche Schutzmaßnahmen wollen Sie durchsetzen, um Qualität und Quantität der Grundwasservorkommen zu sichern?

Der Schutz des Grundwassers kann nur gemeinschaftlich gelingen. Pauschale Maßnahmen werden hier nichts bringen, da auch immer die Situation vor Ort mit in Betracht gezogen werden muss. Ich spreche mich hier für ein ganzheitliches Wassereinzugsgebietsmanagement aus. Auch Wasserschutzgebiete und wasserwirtschaftliche Vorbehaltsgebiete sind wichtige Instrumente, die weiter gefördert werden müssen.

- Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um weitere Verluste wertvoller Ökosysteme zu verhindern?

Der Umwelt- und Klimaschutz muss ganzheitlich betrachtet werden. Der Schutz wertvoller Ökosysteme geht weit über unsere Landesgrenzen hinaus. Ich begrüße die vom EU-Parlament vorgeschlagenen Maßnahmen der EU-Biodiversitäts-Ziele: Es sollen mindestens 30 % der Meeres- und Landflächen der EU (Wälder, Feuchtgebiete, Torfmoore, Grasland und Küstenökosysteme) geschützt werden. Außerdem sollen 10 % der Meere und Landflächen der EU, einschließlich aller verbleibenden Primär- und Altwälder und anderer kohlenstoffreicher Ökosysteme, weitgehend unberührt bleiben. Ich werde mich im Bundestag dafür einsetzen, dass diese Ziele auch in Deutschland umgesetzt werden.

Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, die Verkehrsbelastung insbesondere durch LKW-Transporte zu verringern?

Wir müssen versuchen, den Schwerlastverkehr deutlich mehr auf die Schienen zu bringen. Zusätzlich müssen die LKW-Transporte durch Wasserstofftechnologie CO₂ neutral werden.

- Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um im Personenverkehr eine zukunftssträchtige und nachhaltige Verkehrswende mit Fahrrad, PNV und Bahn einzuleiten?

Unsere Betrachtung darf sich nicht auf die von Ihnen genannten Mobilitätsformen beschränken. Im Zuge der Digitalisierung und des technologischen Fortschrittes sehe ich auch großes Potenzial für einen umweltfreundlichen Individualverkehr. Außerdem muss der PNV und die Bahn stärker vom Bund gefördert werden um auch hier eine nachhaltige Entwicklung zu garantieren.

- Wie wollen Sie sich für eine deutliche Reduktion des Straßenneubaus einsetzen?

Ich spreche mich nicht generell für eine Reduktion des Straßenausbaus aus. Ein Straßenbau kann auch zur Reduktion von CO₂ beitragen (z.B. durch eine Verkürzung von Wegstrecken und einer Vermeidung von Stau!)